

ZK der FRELIMO-Partei analysierte die Lage

(NW) Im März 1988 führte das Zentralkomitee der FRELIMO-Partei eine 2. außerordentliche Tagung durch. Auf eine Entscheidung der 8. ZK-Tagung vom Dezember 1987 zurückgehend, beriet das Plenum gemeinsam mit leitenden Kadern der gesellschaftlichen Organisationen und aus den Provinzen des Landes über die aktuellen Entwicklungsbedingungen und die Aufgaben der Partei in Vorbereitung der für Ende des Jahres vorgesehenen Nationalen Parteikonferenz. Im Zentrum der Diskussion standen Erfahrungen bei der Verwirklichung des Programms zur Wiederbelebung der Wirtschaft (PRE), das seit Januar 1987 in Kraft ist. Die Reorganisierung der Parteistrukturen auf allen Ebenen und die Erhöhung ihrer Masseneffektivität sowie die Überwindung der äußerst komplizierten sicherheitspolitischen Lage Mozambiques waren weitere Beratungspunkte der Tagung. Die Beratung war vom Bestreben zur nüchternen Analyse der Lage und einer schöpferischen Suche nach Wegen und Formen zur Verteidigung und Konsolidierung der Unabhängigkeit und Souveränität der jungen Volksrepublik im südlichen Afrika geprägt. Die Einschätzung, daß eine positive Entwicklung in der Wirtschaft zu verzeichnen sei, werteten die Teilnehmer der Beratung als Ermutigung und Stimulus zur Überwindung der noch bestehenden enormen Schwierigkeiten auf diesem Gebiet. Zugleich sieht sich die Parteiführung mit ersten sozialen Auswirkungen des Programms zur Wiederbelebung der Wirtschaft und der Auflagen des Internationalen Währungsfonds konfrontiert, dem Mozambique 1985 beigetreten ist. Mit angekündigten Lohnerhöhungen und sozialen Unterstützungen für

Mindestlohnempfänger ist die Partei- und Staatsführung um Linderung besonders harter Fälle bemüht.

Als positive Erfahrung konnte die Tagung die breite Teilnahme aller Bürger, Klassen und Schichten an den Anstrengungen zur Wiederbelebung der Wirtschaft konstatieren. Dies sei nicht nur eine allgemeine Bedingung für die Stärkung der wirtschaftlichen Leistungskraft, sondern fördere zugleich die Entwicklung von Demokratie und Mitbestimmung. Folgerichtig stellte die Beratung die Herausforderung eines patriotischen Bewußtseins, den Kampf für Demokratie und nationale Einheit sowie die Auseinandersetzung mit Rassismus, Tribalismus und Regionalismus, Mißwirtschaft, Korruption und Bürokratie in den Mittelpunkt der ideologischen Arbeit der Partei.

Massenproteste in Indien gegen Großbourgeoisie

(NW) Geschlossene Geschäfte in Delhi, stillgelegte Maschinen in Bombeys chemischer, Textil- und Maschinenbau-Industrie, eingestellter Flug-, Eisenbahn- und LKW-Verkehr in Calcutta und verriegelte Bankschalter in Patna waren im März 1988 Ausdruck eines landesweiten öffentlichen Protestes gegen die Abwälzung der Lasten der kapitalistischen Entwicklung auf die Schultern der Werktätigen, zu dem die KP Indiens, die KP Indiens/Marxisten, die Revolutionäre Sozialistische Partei und der Vorwärts-Block aufgerufen hatten. Diesem Anliegen hatte bereits eine Großkundgebung im Dezember 1987 gedient, zu der sich in Delhi eine Million Menschen vereinigt hatte, die in Sternmärschen aus allen Teilen des Landes in die Hauptstadt gekommen waren. Während ihrer Aktionen verwiesen Arbeiter, Angestellte, Händler und Gewerbetreibende darauf, daß

die einheimische Groß- und Monopolbourgeoisie auf Kosten breiter Schichten der werktätigen Bevölkerung wachsende Profite erzielt. Durch vereinte Aktionen soll diesen Tendenzen Einhalt geboten und erreicht werden, daß die Regierung sich auch innenpolitisch an den Interessen breiter Teile der Bevölkerung orientiert.

Aufruf zur Solidarität mit dem Volk Palästinas

(NW) Zur Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen Volkes in den von Israel besetzten Gebieten haben 10 kommunistische und Arbeiterparteien des arabischen Ostens aufgerufen. Die Jordanische KP, die Tunesische KP, die Syrische KP, die Palästinensische KP, die Ägyptische KP, die Nationale Befreiungsfront Bahreins, die KP Saudi-Arabiens, die Irakische KP, die Libanesische KP sowie die Partei des Fortschritts und des Sozialismus Marokkos fordern dazu auf, den Druck auf die USA-Administration und die Machthaber Israels zu verstärken, um sie zu zwingen, einer internationalen Nahost-Friedenskonferenz unter Schirmherrschaft der UNO bei Teilnahme aller betroffenen Seiten, einschließlich der PLO, sowie der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates zuzustimmen. Eine solche Konferenz werde den Weg zur Herstellung eines dauerhaften und gerechten Friedens in der Region öffnen, der den vollständigen Abzug der israelischen Truppen von allen arabischen und palästinensischen Gebieten sowie die Selbstbestimmung und die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates garantieren würde, heißt es in der Erklärung. Die Parteien bekundeten ihre Wertschätzung für das Heldentum des palästinensischen Volkes in den besetzten Gebieten und unterstreichen, daß jetzt die Solidarität mit dem Volke Palästinas besonders notwendig ist.